

Offener Brief für das solidarische Zusammenleben und gegen Rassismus in Stuttgart

In Hanau wurde am 19. Februar 2020 das Leben von neun jungen Frauen und Männern unwiderruflich ausgelöscht, nur weil sie vermeintlich nicht Deutsch aussahen. Familien haben ihre Angehörigen und Eltern ihre Kinder verloren. Das Leben der Hinterbliebenen wird nie wieder so sein wie vor dem Anschlag. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen. Wir trauern zutiefst mit ihnen.

Die Angehörigen brauchen eine zeitnahe und nachhaltige Unterstützung, um diese Gräueltat halbwegs verarbeiten zu können.

Nach diesem rassistischen Terroranschlag brauchen alle Menschen, die aufgrund ihrer dunklen Haut- und Haarfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Religionszugehörigkeit verbalen und körperlichen Angriffen von Rechtsextremisten ausgesetzt sind in besonderem Maße unsere uneingeschränkte Solidarität.

Empörung und Trauer allein können jedoch keinen neuen rassistischen Terror verhindern und dieser kann jederzeit auch im liberalen und weltoffenen Stuttgart stattfinden.

Als beratendes Gremium für die Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft werden wir alles tun, um das friedliche Zusammenleben in unserer internationalen Stadt weiterhin zu stärken.

Unabhängig von Herkunft, Glauben, sexueller Orientierung und Aussehen gehört jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger zu unserer pluralen Stadtgesellschaft mit den gleichen Rechten und Pflichten dazu.

Die rassistisch motivierten Morde in Hanau waren nicht nur ein Angriff allein gegen Muslime, sondern vielmehr ein Angriff gegen die Demokratie und die vielfältige Gesellschaft.

Wir werden verbale und körperliche Angriffe gegen Einzelpersonen und Minderheiten nicht zulassen.

Und wir werden die perfide Relativierungsrhetorik von Einzelpersonen und Gruppen, die einen zusätzlichen Nährboden für rassistische Gewalttaten liefert, mit demokratischen Mitteln entschieden bekämpfen. Rassismus ist nicht Meinungsfreiheit sondern eine schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde.

Daher begrüßen wir ausdrücklich die gemeinsame Erklärung der sieben Stuttgarter Gemeinderatsfraktionen vom 26. Februar 2020, in der sie eine Zusammenarbeit mit der Fraktion der AfD entschieden ablehnen, weil diese Partei in ihren Reihen Faschisten und Rassisten nicht nur duldet, sondern auch in politischen Ämtern akzeptiert.

Aus diesen Gründen ermutigen wir alle Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu, sich von rassistisch und faschistisch verblendeten Menschenfeinden nicht einschüchtern und spalten zu lassen.

Von der Politik und der Verwaltung fordern wir:

- keine Duldung von Mitarbeiter*innen mit offensichtlicher rechtsradikaler Gesinnung
und
- die Förderung der Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend dem gesamten Gesellschaftsbild.

Sachkundige Mitglieder aus dem Internationalen Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats

Kerim Arpad

Lars Becker

Faruk Ceran

Georg Ceschan

Fatih Ekinci

Kristina Fabijančić-Müller

Rolf Graser

Tim Hülquist

Anna Ioannidou

Ali Ipek

Pablo Lauterstein

Alexander Mak

Jama Maqsudi

Konrad Samarajiwa

Marina Silverii

Maria Tramountani

Jordana Vogiatzi

Marijana Jovičić

Elke Müller

Carola Piretzi

Miriam Sardina

Mosab Tato

Heider Younas

Jörg Sander

Stuttgart, 02.03.2020